

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich von 6 Uhr ab bis zum nächsten Morgen. Verlagspreis: Bei Abholung im Ort 2,20 Mk., bei Zustellung nach Haus 2,40 Mk. wöchentlich 10,00 Mk., im Voraus 35,00 Mk., im Voraus 35,00 Mk. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 88. — 85. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Donnerstag, 15 April 1926.

## Postschmerzen.

Die Deutsche Reichspost ist eigentlich immer ein Schmerzenskind nicht bloß im Haushalt des Reiches, sondern auch bei der — Bevölkerung des Reiches gewesen. Die Zeiten des unsterblich gewordenen Stephan sind ja längst vorbei und wie so vieles unerquicklich wurde, wie man über all und jedes schimpfte, so ist auch die Reichspost längst nicht mehr bei der Bevölkerung unbedingt in Gnade geblieben. Manches hat sich ja gebessert in den letzten Jahren der allgemeinen Sanierung, aber vieles, sehr vieles bleibt noch zu wünschen übrig und die neue Anleihe von 70 Millionen, die jetzt von der Reichspost begeben werden soll, und zwar in der Form einer inneren Anleihe gegen 6 1/2 % Höhe Schapanweisungen des Reiches — sie soll später in langfristige Obligationen konvertiert werden — muß unbedingt dabei mithelfen, die Sanierungsarbeit fortzusetzen.

Natürlich sind, wie überall, so auch bei der Reichspost, die allgemeinen Kosten beträchtlich gestiegen und gegen früher ist besonders ein Posten neu entstanden, das sind die Kosten der Postwagenförderung auf der Eisenbahn, die ihr früher, als dieses Verkehrsinstrument noch staatliches Eigentum war, überhaupt nicht in Rechnung gestellt wurde. Nur dadurch hat es übrigens die Post in der Vorkriegszeit hauptsächlich erreicht, daß ihr Etat einen Überschuss aufwies. Das ist jetzt anders geworden und die schönen Zeiten etwa der 2 1/2-Pennig-Postkarte oder des 5-Pennig-Telephongesprächs haben wohl kaum wieder. Nun soll aber die Gebührenordnung für Telefongespräche wieder einmal abgeändert werden, wobei man wirtschaftliche Gründe recht egoistischer Art in den Vordergrund stellt. Die Großinhaber von Telephonanschlüssen bzw. die Großbenutzer sollen bevorzugt, die Kleinverbraucher mehr belastet werden, was man nicht gerade als hohe Gerechtigkeit zu lauten. Denn das Telephon ist jetzt derart weitverbreitet zu einem notwendigen Verkehrsmittel geworden, daß auch der kleine Handwerker, Kaufmann und Gewerbetreibende unbedingt im Besitze eines Telefons sein muß.

Wenn auch die Anleihe funktioniert, die übrigens später noch um 80 Millionen gesteigert werden wird, so ist doch zu befürchten, daß auch die anderen Postschmerzen nur dann beseitigt werden, wenn die dreimal gelobte Rentabilität nicht im geringsten bedroht erscheint. Besonders bedauerlich ist ja das flache Land, wo auch jetzt noch grundsätzlich Patete nicht zugehelt werden, sondern der Empfänger lediglich benachrichtigt wird, daß ein Paket für ihn auf der Post liegt und er es sich gefälligst abholen möge. Auch Gläubiger werden nicht benachrichtigt, sondern der Adressat benachrichtigt. Wesshalb liegt auch die Briefbestellung mehr wie im argen; es würde außerdem eine außerordentliche Verkehrsverfeinerung bedeuten, wenn die angebotene Abänderung der Fernsprechtgebührenordnung sich nicht mehr so sehr wie bisher gegen die Kleinbenutzer des Telefons auf dem Lande richten, sondern durch Billigkeit der Gebühren die Ausbreitung des Telefons auf dem Lande ermöglichen würde.

Aber auf einem anderen Gebiete könnte zwecks Beseitigung aller dieser Postschmerzen leicht eine Steigerung der Einnahmen erzielt werden, wodurch dann die Unrentabilität auf anderen Gebieten des Postwesens behoben werden könnte. Wir meinen die Ausdehnung des Kraftwagenverkehrs. Dieser ist in den letzten Jahren sehr erheblich gewachsen und wir hatten Ende 1925 schon nicht weniger als 1192 Postlinien mit einer Kurslänge von über 23 000 Kilometer. Die gesamte Kilometerleistung, die 1925 etwas über acht Millionen betragen hatte, war bis Ende 1925 auf das Dreifache angestiegen, und über 2700 Postautobusse sind im Betrieb. Natürlich ist die Eisenbahn gerüttelt und gerüttelt und klagt über die große Konkurrenz, die ihr dadurch gemacht wird. Die Bevölkerung ist jedenfalls sehr damit zufrieden, daß auf diese Art und Weise das Verkehrsmonopol der so stark fiskalisch arbeitenden Eisenbahn an manchen Stellen gelodert wird.

Hier kann noch sehr viel gefehden und geschickt angelegt, dem Verkehrsbedürfnis entgegenkommende Postkraftwagen können für die Reichspost wahre Goldgruben werden, wie das in anderen Ländern schon sehr weitgehend der Fall ist. Wenn man außerdem bedenkt, daß die Reichspost aus dem modernsten Verkehrsmittel, nämlich dem Kraftwagen, sehr erhebliche Einnahmen zieht, so soll sie es vermeiden, aus rein wirtschaftlichen Gründen und Rentabilitätsrückblicken auf anderen Gebieten unsozial zu wirken.

## Das Ergebnis des Volksbegehrens.

12 523 939 Eintragungen.

Der Reichswahlprüfungsausschuss hielt unter Vorsitz des Reichswahlleiters Prof. Dr. Wagner eine öffentliche Sitzung zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses des Volksbegehrens zur Frage der Fürsinnenteignung ab. Der Reichswahlprüfungsausschuss stellte fest, daß im gesamten Wahlgebiet (deutsches Reich ohne Saargebiet) 12 523 939 Eintragungen erfolgt sind. Das vorläufige Ergebnis betrug 12 512 000 Eintragungen. Einige Einsprüche sind seitens der Deutschen Nationalen Volkspartei, z. B. aus Mecklenburg, Mecklenburg-Strelitz usw., erfolgt. Der Reichswahlprüfungsausschuss stellt hier zu, daß bei der Beurteilung

## Deutsch-russische Besprechungen.

### Deutschland, Rußland und Locarno.

Kein Rückversicherungsvertrag.

Nach englischen Blättermeldungen soll der Abschluß eines Rückversicherungsvertrages zwischen Deutschland und Rußland unmittelbar bevorstehen. Die deutsche Reichsregierung soll in Paris, London und Rom die betreffenden Regierungen von dem Abschluß dieses Vertrages in Kenntnis gesetzt und betont haben, daß dieser neue Vertrag in seiner Beziehung dem Geiste der Locarno-Verträge widerstreiche.

Von gut unterrichteter deutscher Seite wird hierzu mitgeteilt, daß vom Abschluß eines deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages keine Rede sein könne. Wichtig ist vielmehr, daß schon seit Beginn des ganzen Sicherheitsproblems Besprechungen zwischen Deutschland und Rußland über eine Präzisierung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten im Hinblick auf die Sicherheitspolitik im Gange sind. Bei diesen Besprechungen ist von deutscher Seite immer wieder betont worden, daß der Pakt von Locarno keine Änderung in dem Verhältnis Deutschlands gegenüber Rußland bringe. Es ist auch immer Deutschlands Bestehen gewesen, bezüglich des Artikels sechzehn des Völkerbundstatuts (Durchmarschrecht) jede Änderung gegenüber der deutschen Einstellung zu den Oststaaten zu vermeiden. Bekanntlich hat die deutsche Regierung zu diesem Punkt erklärt, daß sie eine bindende Verpflichtung, einen Durchmarsch durch deutsches Gebiet zu gestatten, nicht eingehen könne. Die übrigen Teilnehmer des Locarnopaktes haben dieser Stellungnahme Deutschlands durch Abgabe besonderer Erklärungen seinerzeit volles Verständnis entgegengebracht.

### Die Reform des Völkerbundes.

Nachdem die deutsche Fühlungnahme über Charakter und Beratungsform der Studienkommission im Völkerbunde abgeschlossen ist, wird die Abendung der deutschen Antwort in nächster Zeit erfolgen. Es handelt sich hierbei um die prinzipielle Annahme der Einladung zu den Beratungen über eine Reform des Völkerbundes, wie sie vom Reichsministerium der Äußeren Angelegenheiten beschlossen worden ist. Als Vertreter Deutschlands bei diesen Beratungen ist Ministerialdirektor Dr. Gauß in Aussicht genommen, der als hervorragender Jurist bereits mehrere Male den deutschen Kommissionen bei internationalen Tagungen angehört hat.

### Polnischer Besuch in Prag.

Deutschenheute in der Tschechoslowakei.

Der polnische Ministerpräsident Stojanski ist in Prag eingetroffen, wo er vom tschechischen Außenminister Beneš und Vertretern der in- und ausländischen Diplomatie empfangen wurde. Die Handfragen, die in Prag zur Verhandlung stehen, sind die Stellungnahme zur Rekonstruktion des Völkerbundes, der polnische Ratifizierung und die Vertretung der Kleinen Entente im Völkerbundrat. Der zweite wichtige Punkt, der zur Verhandlung steht, ist die Stellungnahme der beiden Länder zur Abrüstungskonferenz.

### Die „Norge“ nach Petersburg unterwegs.

Amundsen nach Spitzbergen abgereist.

Die „Norge“ ist in Pulham aufgefloßen und nach 13 stündiger Fahrt unter dem Jubel der Bevölkerung in Oslo gelandet. Von da aus soll die Fahrt über Stockholm nach Petersburg gehen.

In einer Boischhaft des Kommandeurs des Luftschiffes heißt es: „Unser Unternehmen bietet Schwierigkeiten und ernste Gefahren, aber wir hoffen, in der Lage zu sein, ihnen erfolgreich entgegenzutreten. Wenn uns dies gelingt, werden wir zweifellos einen neuen Beweis dafür geliefert haben, von wie großer Hilfe die Luftschiffahrt für den Fortschritt der Zivilisation sein kann.“ — Die Wetterberichte sind ausgezeichnet.

Amundsen und Ellsworth sind von Oslo über Tromsø nach Spitzbergen abgereist. Eine vieltausendköpfige Menschenmenge war zum Abschied auf der Bahn erschienen und brach, als der Zug sich in Bewegung setzte, in brausende Hurraufe aus. Vor der Abfahrt erklärte Amundsen den Vertretern der Presse, daß er diesen Tag als den glücklichsten seines Lebens betrachte, da sein sehnlichstgehrtes Traum nunmehr in Erfüllung gehen sollte. Bei der befriedigenden Leistungsfähigkeit, die die „Norge“ auf der Fahrt von Rom nach Pulham bewiesen habe, zweifle er keine Sekunde an einem glücklichen Ausgang der Expedition. Der norwegische Ministerpräsident Lyllie hat Amundsen beauftragt, wenn er neues Land finde, dieses im Namen Norwegens zu annektieren.

### Der Unterstufenhochschultheil ihrer Gültigkeit in den verschiedenen Wahlkreisen nicht einseitig verfahren worden ist.

Im einzelnen beträgt die Zahl der gültigen Eintragungen in: Preußen 7 553 631, Bayern 751 734, Sachsen 1 541 066, Württemberg 467 835, Baden 500 238, Thüringen 422 680, Hessen 325 609, Hamburg 395 836, Mecklenburg-Schwerin 104 987, Braunschweig 112 015, Oldenburg 58 912, Anhalt 89 024, Bremen 92 544, Lippe 36 250, Lübeck 41 615, Mecklenburg-Strelitz 14 558, Waldeck 4 905, Schaumburg-Lippe 10 500, insgesamt 12 523 939 gültige Eintragungen.

Die Gesamtzahl der für die Sozialdemokraten, Unabhängigen Sozialisten und Kommunisten bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 abgegebenen Stimmen betrug 10 688 969. Die Zahl der ortsansässigen Stimmberechtigten für die Reichspräsidentenwahl (zweiter Wahlgang) am 26. April 1925 betrug 39 421 617. Die Zahl der gültigen Eintragungen machte im ganzen Reiche 117,2 % der Gesamtzahl der für die Linke am 7. Dezember 1924 abgegebenen Stimmen und 31,8 % der Zahl der Wahlberechtigten bei der Reichspräsidentenwahl aus.

### Polnischer Besuch in Prag.

Deutschenheute in der Tschechoslowakei.

Der polnische Ministerpräsident Stojanski ist in Prag eingetroffen, wo er vom tschechischen Außenminister Beneš und Vertretern der in- und ausländischen Diplomatie empfangen wurde. Die Handfragen, die in Prag zur Verhandlung stehen, sind die Stellungnahme zur Rekonstruktion des Völkerbundes, der polnische Ratifizierung und die Vertretung der Kleinen Entente im Völkerbundrat. Der zweite wichtige Punkt, der zur Verhandlung steht, ist die Stellungnahme der beiden Länder zur Abrüstungskonferenz.